

Lässt sich eine wertkonservative politische Ethik begründen?

Elke Mack

1. Politische und geistesgeschichtliche Vorüberlegungen

Ein Blick auf die USA und den 2008 geführten Wahlkampf um die Präsidentschaft, zeigt, dass konservative Politik in den USA im Wesentlichen mit drei Standpunkten verknüpft ist: wirtschaftsliberal, nationalbewusst und wertkonservativ auf einem streng christlichen Fundament. Dies liegt daran, dass die traditionelle amerikanische Wirtschaftsmentalität – auch in Zeiten der Wirtschaftskrise – stark von einem libertären Liberalismus geprägt ist und der Markt – anders als in Kontinentaleuropa – als primärer Ort der Freiheit und der Wohlstandsmehrung anerkannt wird. Der Glaube an die Selbstheilungskräfte freier Märkte schließt in den USA gleichzeitig einen Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung selbst in den Reihen der meisten Demokraten aus. Bezüglich des Nationalbewusstseins steht nicht selten ein starkes Bewusstsein nationaler Identität im Gegensatz zu einem klaren Bekenntnis zum Weltbürgertum, zu der Gleichheit aller Völker und zu einem kosmopolitischen Multilateralismus. Darüber hinaus ist auch nicht zu unterschätzen, dass die ethische Position amerikanischer Konservativer gegenwärtig mehrheitlich durch protestantisch evangelikale Glaubensmotivation geprägt wird, die ähnlich strenge Moralvorstellungen beinhaltet wie die römisch katholische Moraltheologie.

Dieser spezifisch amerikanische Konservatismus lässt sich nicht einfach auf Europa übertragen, insbesondere, weil das Bewusstsein einer pluralistischen, individualisierten und säkularen Gesellschaft in breite Teile der europäischen Bevölkerung Eingang gefunden hat – selbst wenn es vom Einzelnen

her vielleicht nicht bewusst reflektiert wird. Seit einer zunehmenden Pluralisierung der Religionen in Europa kann keine Weltanschauung mehr allein – auch nicht die christliche Religion – den ausschließlichen Hintergrund des Staats- und Politikverständnisses für sich reklamieren. Seit dem Mittelalter über die Reformation bis hin zur Aufklärung ist eine Trennung zwischen Staat und Religion vollzogen, die zwar Wechselwirkungen zulässt, aber im Grundsatz in keinem europäischen Land mehr rückgängig zu machen ist. Konservative europäische Politik konstituiert sich deshalb im Wechselspiel mit vielfältigen gegenwärtigen Weltanschauungen, die Zivilreligionen ebenso einschließen wie die klassischen Hochreligionen. Analog muss sich konservative Politik seit dem immer weiteren Fortschreiten der Europäischen Union mit einer Pluralität kultureller Selbstverständnisse arrangieren, das zwar eine europäische Wertegemeinschaft nicht ausschließt, jedoch selbst die Übereinkunft über eine Europäische Grundrechtscharta innerhalb eines Europäischen Grundlagenvertrages¹ höchst problematisch und langwierig macht. Der in Deutschland von konservativen Politikern propagierte Begriff der Leitkultur ist diesbezüglich höchst missverständlich, weil er den Anschein erweckt, faktische Differenzierungen in vielfältige humane Weltanschauungen und Kulturen auf nationaler Ebene rückgängig machen zu wollen. Wenn konservative Politik nach einer moralischen Wertevergewisserung oder nach kultureller Identität sucht, sollte sie besser an klassische abendländisch-geistige Leitideen wie das Christentum² und die Aufklärung mit ihrer Rechts- und Vernunfttradition erinnern, weil beide irreversible weltanschauliche Prägungen Europas sind, die historisch wie zeitgeschichtlich die symbolische Ordnung menschlicher Inter-

aktionen unverkennbar prägen. Christliche Ethik und aufgeklärte demokratische Rechtskultur, die gleichrangige Individuen und deren Würde zur normativen Grundlage jeder Gesellschaft machen, prägen moderne europäische Gesellschaften trotz Pluralisierung elementar, weil sie sich universal an alle Menschen richten und in einem modernen Verständnis Toleranz, Gleichrangigkeit, Offenheit und Moral verbinden.

Konservative Politik wird in Europa dennoch klar zwischen öffentlicher Politik und privater Weltanschauung unterscheiden müssen, weil die Weltanschauungen der Menschen mit der Millenniumswende zu individualisiert und pluralisiert sind. Darüber hinaus lassen sich gesellschaftliche Probleme der Moderne nicht mehr auf einer weltanschaulichen Ebene lösen, weil die Komplexität gesellschaftlicher Subsysteme, wie sie die Wirtschaft beispielsweise darstellt, spezifische Systemkenntnisse erfordert. Deshalb kann und darf sich Politik des 21. Jahrhunderts nicht nur durch Mehrheitsbefragungen über intuitives Alltagswissen informieren und steuern lassen, sondern muss sich von wissenschaftlicher Erkenntnis aufzeigen lassen, was an gesellschaftlicher Steuerung benötigt wird und wie die Komplexität gesellschaftlicher Probleme zu bewältigen ist. In diesem Kontext der komplexen Systemsteuerung von Wirtschaft, Technologie und Sozialstaatlichkeit wird am deutlichsten, dass ein allzu simplistischer, weltanschaulich und national orientierter Begriff des Konservativen grundsätzlich kritisiert und entlarvt werden muss. Einschlägig ist hierzu ein Ausspruch von Franz Josef Strauß, der besagt: „Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren.“³ Trotz solcher Äußerungen wird man Franz Josef Strauß weder Progressismus noch Geschichtsvergessenheit und schon gar nicht mangelndes Traditionsbewusstsein vorwerfen können, sondern vielmehr ein Bewusstsein für moderne Entwicklung bescheinigen, das in Tradition und Kultur

¹ Vgl. Vertrag von Lissabon von 2007, dem der abgelehnte Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) vorausging. Die Ratifizierung ist durch das ablehnende Referendum Irlands bislang noch offen.

² Vgl. Ratzinger, Josef: Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen, Freiburg u. a. 2005.

³ Strauß, Franz Josef: Von der Leidenschaft der res publica zu dienen, München 2008, S. 31.

eingebettet bleibt, jedoch die Erfordernisse der Moderne ernst nimmt.

Im 21. Jahrhundert ist ein Begriff des Konservativen mit universalem, kosmopolitischem und weltoffenem Anspruch neu zu formulieren, will dieser Konservatismus den Ansprüchen einer konservativen Ethik genügen. Es muss trotz nationaler Identität und positiver Kulturverbundenheit klar sein, dass konservativ sein keine Polarisierungen und auch kein Überlegenheitsbewusstsein von eigenem gegenüber fremdem, von nationalem gegenüber globalem Bewusstsein, von Leitkultur und Sekundärkulturen zulässt. Sonst würde sich Konservatismus mit der Diskriminierung anderer im 21. Jahrhundert selbst an ein Ende führen. Vielmehr ist die mehrheitlich starke Verankerung in der eigenen deutsch-europäischen Kultur und immer noch überwiegend christlichen Religion als Basis für die tolerante und mutige Integration anders denkender Gesprächspartner zu sehen. Hierzu ist es nicht notwendig, sich als Multikulturalist zu verstehen, vielmehr sind im Bewusstsein des eigenen kulturellen und weltanschaulichen Reichtums andere Kulturen ernst zu nehmen und in der Bewahrung ihrer spezifischen Werte gelten zu lassen.

Prinzipiell ist davon auszugehen, dass ein moderner Konservatismus sich vom historischen Konservatismus des beginnenden 19. Jahrhunderts stark abgrenzen muss (Edmund Burke, Joseph de Maistre, Karl von Vogelsang, Friedrich Gentz).⁴ Denn dieser war seit 1800, als der Begriff in Frankreich entstand, vor allem gegen Demokratie und Liberalismus ausgerichtet.⁵ Damals beinhaltete konservativ entsprechend seiner lateinischen Wurzel „conservare“ das Bewahren von alten Strukturen. Geistesgeschichtlich war damit besonders das Festhalten am feudalistischen Staat und an der ständischen aristokratischen Ordnung gemeint. Es handelte sich

⁴ Schild, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.

⁵ Mannheim, Karl: Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, Frankfurt 2003.

also beim ursprünglichen historischen Konservatismus vorwiegend um einen Strukturkonservatismus mit antidemokratischen, antiaufklärerischen und antiliberalen Tendenzen, wenig Bewusstsein für die Gleichheit der Menschen sowie für die hieraus erwachsende Notwendigkeit der Etablierung eines Sozialstaates. Eine Ausnahme stellte die besondere Verantwortung des Sozialkatholizismus und -protestantismus für sozial Schwache dar, die beide zur Lösung der sozialen Frage im 19. Jahrhundert Erhebliches beitrugen, indem sie die Etablierung sozialer Anspruchsrechte im Rahmen eines beginnenden Sozialstaates förderten.

Blickt man wieder in die Gegenwart, so muss man sich auch hier von Missverständnissen des Konservativen distanzieren: Man nennt sie „reaktionär“ im politischen Bereich oder „fundamentalistisch“ im weltanschaulich religiösen Bereich. Beide Strömungen gehen davon aus, dass Traditionen grundsätzlich besser sind als Innovationen. In der Folge treten gesellschaftliche Erstarrung und Wirklichkeitsverlust auf. Menschen, die derartigen reaktionären Strömungen unterliegen, erhalten zwar ein großes Maß an mentaler Sicherheit, aber kaum persönliche Entfaltungsmöglichkeiten und neue Freiheiten. Deshalb kann und darf ein neu reflektierter gegenwärtiger Konservatismus nicht hinter das Modernisierungsniveau seiner eigenen Gesellschaft und auch beispielsweise nicht hinter berechnete Liberalisierungserfolge der 68er-Bewegung zurückfallen. Auch wenn Detailkritik an der 68er-Generation und an einer übertriebenen Befreiung in manchen heutigen Lebensbereichen – Stichworte sind die Sexualisierung und Überindividualisierung der Gesellschaft – berechtigt ist, so handelt es sich hierbei doch auch um einen gesellschaftlichen Befreiungsschlag, der notwendig war, weil er für viele Menschengruppen erst Selbstbestimmung, Eigenständigkeit, Individualität und Freiheit zuließ. Hier sollte man sich an die moralische Enge und Ächtung der 50er-Jahre erinnern, wie sie für berufstätige Frauen, für Alleinerziehende oder für Geschiedene oder uneheliche Kinder die Regel waren. Für heutige Konservative reicht es deshalb nicht aus, sich in eine

Antihaltung oder Abgrenzung zur modernen Gesellschaft oder insbesondere zur 68er-Bewegung zu bringen.⁶

Ein moderner Konservatismus wird die fortdauernden sozialen, kulturellen und moralischen Entwicklungen seiner Zeit (ja sogar die technologischen) bejahen, jedoch im Prozess dieser immer weitergehenden Modernisierung versuchen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Verlustbilanz an Werten, Gütern und sinnvollen Inhalten eines guten Lebens möglichst gering halten. Sie wird deshalb im guten Sinne wertkonservativ sein und sich deutlich von eventuellen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die es immer gibt, abgrenzen und hier die positiven Werte- und Kulturtraditionen, die vorhanden sind, betonen. In der Unterscheidungsgabe liegt die Überzeugungskraft einer möglichen konservativen Ethik. Man wird Überindividualisierung und moralische Beliebigkeit ablehnen, auf der anderen Seite jedoch jahrhundertlange moralische Evolution rechtsethischer Standards in der Menschheitsgeschichte verteidigen, die erhebliche Fortschritte im moralischen Bereich deutlich machen: religiöse Toleranz, Abschaffung von Leibeigenschaft und Sklaverei, Ächtung des Krieges als Mittel der Konfliktlösung, Durchsetzung der Demokratie als beste Staatsform, Menschenrechte und ein Recht auf individuelle Entfaltung für den Einzelnen. Dies alles sind Meilensteine der Moralevolution westlicher Kultur, hinter die ein vereinigtes Europa des 21. Jahrhunderts nicht mehr freiwillig zurückfallen wird. Diese moralischen Errungenschaften waren nicht von Anbeginn konsensfähig oder kodifiziert, sondern stellten sich selbst irgendwann als provokante Reformideen in der Zivilgesellschaft dar. Erst nach harten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen oder traumatischen Weltkriegserfahrungen wurden sie zu rechtsethischen Standards der Moderne, die es im Sinne einer wertkonservativen Ethik fortzuentwickeln gilt.

⁶ Ich sage dies in Abgrenzung zu Notker Wolf, den ich als Person und Autor ansonsten sehr schätze. Vgl. Wolf, Notker: Worauf warten wir? Ketzerische Gedanken zu Deutschland, Reinbek 2006.

2. Wertkonservative Ethik der Moderne

Was sind Kriterien für eine wertkonservative Ethik, gesellschaftliche Reformen zu propagieren oder abzulehnen? Exemplarisch sollen drei Eckpunkte einer modernen wertkonservativen Ethik aufgezeigt werden:

2.1 Die „(ge-)rechte Mitte“

Wenn man überlegt, was moderner zukunftsweisender Konservatismus bedeuten könnte, so kommt man an einem antiken Denker der Geistesgeschichte nicht vorbei, der sich durch das Fehlen jeder Einseitigkeit heraushebt, nämlich Aristoteles. Er hat in der nikomachischen Ethik darauf hingewiesen, dass die rechte Mitte nicht nur der Schlüssel zur Glückseligkeit, sondern auch für eine sinnvolle politische Ethik wegweisend sein müsse, weil nur in der Mitte die Gerechtigkeit gesucht werden kann.⁷ Er verwendet den Begriff rechte Mitte also im Sinne der gerechten, billigen, ausgewogenen Mitte, die die Proportionalität wahrt und als solche recht ist. Auch in einer modernen konservativen Ethik kann es nur um die rechte Balance und die Mitte zwischen Tradition und Entwicklung gehen, die nicht Selbstzweck ist, sondern gerecht sein muss. Die rechte Mitte zwischen Bewahren und Verändern ist zu suchen und zu finden, um Menschen einerseits in ihrer Traditions- und Kulturverbundenheit ernst zu nehmen und sie andererseits auf dem Weg in eine sich immer weiter zum Positiven hin entwickelnde Gesellschaft mitzunehmen. Der Ausgleich zwischen Bewusstsein für Nation, Kultur, Geschichte und andere stabilisierende Faktoren, die Sicherheit verleihen, auf der einen Seite und einer menschengerechten Vision für die Zukunft auf der anderen Seite, die Freiheit und Wagnis verlangt, erfordert eine moralische Abwägung und ein Suchen nach der

⁷ Aristoteles: Nikomachische Ethik, Fünftes Buch, Hamburg 1985, S. 1131b–1132a.

gerechten Mitte. Die Balance zwischen Festhalten, Loslassen und konstruktiver Neugestaltung sowohl auf der Strukturebene als auch auf der Werteebene zu finden, ist die eigentliche Kunst konservativer politischer Ethik.

2.2 Strukturreform ist die Bedingung der Bewahrung von Werten und Gütern

Erst durch die Reform gesellschaftlicher Strukturen lassen sich wesentliche konservative Güter und Werte bewahren. Die Kunst einer wertkonservativen Sozialethik der Gegenwart ist die Unterscheidungsgabe zwischen dem, was notwendig reformiert werden muss, um die Gesellschaft gerechter und besser zu machen, und dem, was an wichtigen Normen und Regeln die Interaktion zwischen Menschen stabilisiert und die Gesellschaft notwendig zusammenhält. Unter der hermeneutischen Vorgabe einer positiven Wertung der Tradition kann Ethik in der Moderne deshalb durchaus wertkonservativ sein, jedoch nicht ohne weiteres strukturkonservativ. Ein Festhalten an alten Strukturen darf nur ihrer Reform vorgezogen werden, wenn eine sehr kritische Reflexion im Hinblick auf die Gerechtigkeit derselben zuvor erfolgt ist. Einer der wenigen Strukturkonservatismen, die heute noch wissenschaftlich ohne Einwände gerechtfertigt werden können, ist das Festhalten an demokratischer Rechtsstaatlichkeit und freiheitlicher Demokratie, verbunden mit einem Verfassungspatriotismus, der sich an fundamentale Gerechtigkeitsprinzipien gebunden sieht. Denn hier geht es im Kern um eine bislang alternativlose, demokratisch freiheitliche Rechtsethik, die es im Sinne der Menschenwürde zu bewahren gilt.

Hiervon abgesehen können fundamentale Werte wie Sicherheit, Familie, Kultur und Religion nur in geeigneten und immer wieder neu angepassten politischen Rahmenbedingungen gedeihen. Denn Menschen entwickeln in ihrer jeweiligen Zeitgeschichte immer wieder geringfügig veränderte Werte, um bleibende moralische Güter zu sichern, und können diese

nur bei geeigneten Bedingungen umsetzen. Wenn heute beispielsweise die Ehe in einem gleichrangigen partnerschaftlichen Verhältnis besteht, bedarf sie anderer politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen als in den 50er-Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts. Dieser strukturelle Handlungsbedarf wird von konservativer Politik weit weniger gesehen als von liberaler, obwohl er ganz im Sinne der eigentlichen Bewahrung einer moralischen Institution ist. Die Gefahr besteht deshalb, dass Werte erodieren, weil ihre Umsetzung durch nicht mehr angemessene Rahmenbedingungen behindert wird. Ein klassisches Beispiel ist der Wert von Kindern, der in früheren Gesellschaften selbstverständlich war und nach Umfragen auch heute noch ist, jedoch nur noch mit erheblichen Wohlstandsverlusten realisiert werden kann und deshalb erhebliche demographische Probleme in Europa mit sich bringt.⁸

2.3 Die menschliche Person ist die Orientierungsgröße wertkonservativer Ethik

„Wurzelgrund ..., Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist und muss ... sein die menschliche Person.“ Auch evangelische Christen dürften diesem Grundsatz vorbehaltlos zustimmen. Dieser sozialetische Grundsatz besagt nämlich, dass jede Art von Politik sich nicht ausschließlich nach Mehrheiten richten und den Machterhalt im Blick haben darf, sondern den Menschen als Individuum, als würdige Person, als Betroffenen in seiner Verletzbarkeit, Einzigartigkeit und Verwundbarkeit in den Mittelpunkt stellen muss. Er wird deshalb in der modernen Demokratietheorie von einer konsensorientierten Demokratie mit ethischer Qualität ge-

⁸ Mack, Elke: Familien in der Krise. Lösungsvorschläge Christlicher Sozialethik, München 2005.

⁹ Rahner, Karl/Vorgrimler, Herbert: Kleines Konzilskompendium, Zweites Vatikanisches Konzil, Gaudium et Spes, Freiburg 17/1984, Nr. 25.

sprochen, nicht von einer Mehrheitsdemokratie.¹⁰ Auf die Frage, welche Menschen ihre Berücksichtigung bei der Konsensfindung am meisten brauchen, gibt es in der Christlichen Sozialethik eine ganz einfache Antwort: die Schwachen, die Benachteiligten und die Bedürftigen der Gesellschaft (so zum Beispiel ganze Kollektive wie von Armut bedrohte Kinder oder Arbeitslose).

Deshalb kann die Kombination christlich-sozial, die den bayerischen Konservativen im Namen steht, auch ein überzeitliches Programm bleiben, weil sie zuallererst eine ethische Orientierung am Menschen beinhaltet. Es handelt sich hierbei um eine wertgeleitete Politikorientierung, die auch in Zeiten moderner Umbrüche und weltanschaulicher Pluralisierung eine moralische Leitidee bietet und in ihrer sozialen und personalen Ausrichtung selbst für Nicht-Christen überzeugend sein dürfte.

Diese hermeneutische Prägung einer wertkonservativen politischen Ethik trifft sich mit den neuesten Ergebnissen empirischer wirtschaftspsychologischer Forschung. Diese bestätigt, dass Menschen sich in ihrer Politikbewertung überwiegend von ihrem Gerechtigkeitsempfinden leiten lassen und damit Fairness ein Kollektivgut für Politik und Gesellschaft darstellt.¹¹ Es wäre also auch im Sinne der Beschaffung und Bindung von Mehrheiten für demokratische Parteien, wenn sie die Gerechtigkeit gegenüber jedem – nicht nur gegenüber relevanten Mehrheiten – zum Kriterium für Politikentscheidungen machen würden. Auch rein pragmatisch betrachtet bildet man auf Dauer keine politischen Mehrheiten, indem

¹⁰ Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechtes und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main, 5. Aufl., 1997, S. 369 ff. Das Herzstück seiner deliberativen Demokratie (Begriff von Joshua Cohen) besteht für Habermas darin, dass das Rechtssystem zur Selbstorganisation der Gesellschaft wird. Das bedeutet, dass die Legislative, Exekutive und Judikative im Dienst der Gesellschaft dazu da sind, gemäß allgemeiner Prinzipien, Normen der Gerechtigkeit zu etablieren und auszuüben.

¹¹ Fetchenhauer, Detlef/Fischer, Lorenz: Zur Psychologie des Wohlfahrtsstaates, Sonderheft der Zeitschrift Wirtschaftspsychologie, 2009 (im Druck).

Politik sich ausschließlich an momentanen Umfragen orientiert oder indem sie einzelne Sachthemen zum Programm macht, sondern indem sie sich durch die grundsätzliche Ausrichtung an den Menschen langfristig als politisch glaubwürdig erweist. Der Einwand, dass Politik es nie allen Bevölkerungsgruppen recht machen könne, zählt für die politische Ethik nicht und muss grundsätzlicher betrachtet werden. Denn Menschen akzeptieren beispielsweise gesellschaftliche Ungleichheiten dann, wenn sie sie als verdient und maßvoll anerkennen können. Menschen akzeptieren auch kontraintuitive und kaum durchschaubare politische Entscheidungen, wenn sie verständlich erklärt werden und deutlich wird, dass sie in der Folge allen zum Vorteil gereichen werden. Was sie jedoch nicht akzeptieren ist, wenn sie als Gruppe oder Minorität von politischen Parteien über Generationen hinweg nicht beachtet werden (z. B. Generationen von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen, bei denen sich die Armut von den Eltern auf die Kinder vererbt und gesellschaftliche Exklusion zur Regel wird). Sicherlich sind komplexe Zusammenhänge wie die von Wirtschaft, Bankenwelt und Geldverkehr für die Breite der Bevölkerung nicht verständlich. Wenn jedoch in der Folge sinnvoller Politik wirtschaftliche Entwicklung stabil bleibt, der Wohlstand der Betroffenen erhalten bleibt oder sozial Benachteiligte integriert werden, würdigen dies die Menschen und reagieren mit der Akzeptanz des demokratischen Systems, weil sie als Personen ernst genommen werden.

3. Beispiele

Die Notwendigkeit der drei genannten Essenzialien konservativer Politik (Mitte, Reform und Mensch) soll nachfolgend an einigen Beispielen deutlich gemacht werden:

3.1 Die Brüchigkeit von Familien und Ehen

Dieses gesellschaftliche Problem lässt sich nicht dadurch beheben, dass man diese Bereiche als Privatsache ansieht und aus der Politik ausspart, wie es eine traditionell konservative Trennung von privat (Familie, Mütter, Kinder) und öffentlich (Beruf, Mann, Einkommen) verlangen würde. Familien und Ehen werden in der gegenwärtigen Gesellschaft dann stabiler, wenn die Bedürfnisse beider Partner (insbesondere der Frauen) sowie der Kinder auch im öffentlichen Bereich moderner Gesellschaft ernst genommen werden. Moderne Familienethik erfordert eine Querschnittsbildung von ehemaligen privaten Rückzugsräumen und öffentlichen sozialen Räumen, die Familien unterstützen und ergänzen.¹² Eine blockierende Gegensatzbildung kann erst dann überwunden werden, wenn die Strukturen der Arbeitswelt, der Bildung, der Kinderbetreuung und der Finanzausstattung auf die Bedürfnisse moderner Familienwelten abgestimmt werden. Familienwelt und Außenwelt dürfen sich strukturell nicht widersprechen. Erst durch die gezielte politische Förderung von Ehe und Familie in den Strukturen der Gesellschaft werden diese stabiler, die sich steigernde Verarmung von Familien und Kindern kann gestoppt werden und neue Anreize für eine Entscheidung für Kinder können entstehen. Solange noch die Gründung von Familien zu elementaren Einbrüchen im verfügbaren Einkommen von Familien, zu Benachteiligungen von Erziehenden am Arbeitsplatz und in der Alterssicherung – insbesondere bei Frauen – führen, ist eine erhebliche Strukturreform auch im Sinne einer wertkonservativen Ethik fortzusetzen.¹³

¹² Mack: Familien in der Krise.

¹³ Althammer, Jörg: Familienpolitik und soziale Sicherung. Festschrift für Heinz Lampert, Berlin/Heidelberg/New York 2005.

3.2 Das Verhältnis von Wirtschaft und Staat

Wenn in den letzten Jahrzehnten auch in der Wissenschaft vom „Rheinischem Kapitalismus“ gesprochen wird, so trifft das vor seiner Bedeutung her nicht nur die jüngste, sondern auch die zweihundertjährige Geschichte Deutschlands mit der Marktwirtschaft. Unter maßgeblicher Mitwirkung von Zentrumspar-tei, Sozialdemokraten, Christdemokraten sowie der christlichen Kirchen wurden im Deutschland des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts flächendeckende Sozialversicherungssysteme eingeführt, Gewerkschaften zugelassen und etabliert, progressive Steuersysteme eingeführt und wurde vor allem seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in den 50er-Jahren für einen sozialen Ausgleich gesorgt. In Deutschland existierten nie demokratische Mehrheiten für einen libertären Wirtschaftsliberalismus amerikanischer oder angelsächsischer Provenienz, den der Markt mit seinen Selbstheilungskräften als dem Staat grundsätzlich überlegen angesehen hätte. Vielmehr gab und gibt es nur Mehrheiten für eine „soziale“ Marktwirtschaft, weil nach wie vor eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung der Marktwirtschaft als Institution kritisch gegenüber steht. Diese soziale Kultur, die seit 150 Jahren zu einer kontinental-europäischen modernen Tradition wurde, wird auch maßgeblich für die politische Akzeptanz der Demokratie im 21. Jahrhundert werden, weil sie dem demokratischen Staat die Primärfunktion für den Wohlstand aller zuschreibt und nicht so sehr den Unternehmen oder dem Markt selbst.

Die starke sozialstaatliche Tradition Deutschlands führte in logischer Konsequenz zum Wohlfahrtsstaat der Gegenwart, der in seiner Struktur in vielen Teilen gegen die Märkte gerichtet ist. Wir haben es mit einer spezifischen Konstitution des Sozialstaats zu tun, durch die der Sozialstaat selbst – auch angesichts demographischer Veränderungen – mittelfristig höchst gefährdet ist und ohne Reform spätestens mit dem Rentenbeginn der Baby-boomer-Generation in den 30er-Jahren des 21. Jhd. an ein Ende kommen wird. Es gilt deshalb, eine parteiübergreifende Zustimmung für eine Reform des Sozialstaates zu finden, die

nicht gegen die Märkte und gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern im Gegenteil mit der Hilfe von Marktkräften in der Zukunft die sozial Schwachen unterstützt und eine Ausfallbürgschaft für alle bietet. Nur durch die Auflösung des scheinbaren Gegensatzes von Markt und Staat ist soziale Gerechtigkeit auch in der Zukunft möglich, weil der Staat selbst induzierte Strukturdefizite der Marktwirtschaft bereits rein quantitativ nicht kompensieren kann.¹⁴ In Sinne einer wertkonservativen Ethik, die das Soziale erhalten will und einen inkludierenden Sozialstaat für unverzichtbar hält, muss deshalb über eine Umgestaltung des Bismarckschen Sozialversicherungssystems nachgedacht werden. Allerdings sollte auch an eine ergänzende Plausibilität für einen Bewusstseinswandel im Sinne der unverzichtbaren Tradition von Wettbewerb und Leistungsgesellschaft in Deutschland erinnert werden. Eine Renaissance einer breiten Leistungsgesellschaft und darüber hinaus aktiven Bürgergesellschaft wird jedoch nur gelingen, wenn der sozialstaatliche Rahmen so verändert wird, dass auch alle Menschen die reale Chance haben, durch eigene Leistung an der Gesellschaft und an ihrer Arbeitswelt zu partizipieren. Wenn es nicht gelingt, durch beherrzte Strukturreformen, soziale Gerechtigkeit in Deutschland zu erhalten, wird mittelfristig eher eine Politik überzeugen können, die das gesamte System in Frage stellt.

3.3 Arbeitslosigkeit als Strukturproblem

Ab 2009 ist eine Rezession zu erwarten, die die Arbeitslosenzahlen wieder drastisch in die Höhe schnellen lässt. Trotz erheblicher Verdienste in der Reduzierung der Arbeitslosenzahlen in jüngster Zeit stehen vehemente Strukturprobleme dem menschenrechtlich verbürgten Recht auf Arbeit entgegen.¹⁵

¹⁴ Wir sehen das an der explosiven Verschuldung westlicher Industriestaaten, die durch die Wirtschaftsrezession 2008/2009 noch verschärft wurde.

¹⁵ Mack, Elke: Arbeit als Beteiligungsrecht, in: Amos. Gesellschaft gerecht gestalten 1/2007, S. 11–17.

Denn die Bismarckschen Sozialversicherungssysteme sind rein erwerbsarbeitszentriert, nicht demographieresistent und geben immer noch große Anreize zum Verharren in der Arbeitslosigkeit. Eine am Menschen orientierte konservative Ethik wird darauf hinweisen müssen, dass eine noch so hohe soziale Ausfallbürgschaft bei Arbeitslosigkeit ethisch gesehen weniger human ist als ein geräumter Arbeitsmarkt, der allen Arbeitsfähigen eine Chance der Partizipation gibt, weil die Inklusion aller automatisch gewährleistet wäre. Diesbezüglich ist die Konstitution des Arbeitsmarktes der USA humaner als die Deutschlands, weil die soziale Stigmatisierung, das Herausfallen aus der Arbeitsgesellschaft und die Gefahr der Exklusion geringer sind. Dies sagt allerdings nichts über den amerikanischen Sozialstaat aus, der sicherlich keinem Vergleich mit dem kontinentaleuropäischen Systemen standhält.

Sozialethisch lässt sich für eine fundamentale Reform des Verhältnisses von Arbeitsmärkten und Sozialstaat in Deutschland argumentieren. Ein Baustein für eine solche Reform wäre beispielsweise ein subsidiäres und deshalb nicht bedingungsloses Mindest- und Grundeinkommen, verbunden mit Kombilöhnen oder einer negativen Einkommenssteuer, die das bisherige Bismarcksche System ablösen könnten.¹⁶ Denn Menschen widerfährt nicht durch kurzfristige Lebensstandardsicherung, sondern durch ein Recht auf grundsätzliche Beteiligung am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben soziale Gerechtigkeit. Da der Staat hiermit selbst überfordert ist, lässt sich dieses nur durch Anreize für eine „solidarische Leistungsgesellschaft“¹⁷ lösen, in der jeder sich beteiligt, soweit er kann und gemäß einem Prinzip der Subsidiarität der

¹⁶ Mack, Elke: Subsidiäres und aktivierendes Grundeinkommen – eine Alternative zum bestehenden System in Deutschland, in: Bedingungsloses Grundeinkommen. Eine Perspektive für die Soziale Marktwirtschaft? Kontroversen und Fragen an ein unstrittenes (Gesellschafts-) Konzept von morgen, hrsg. von Roman Herzog Institut e.V., München 2008, S. 17–25.

¹⁷ Glück, Alois/Vogel, Bernhard/Zehetmair, Hans: Solidarische Leistungsgesellschaft. Eine Alternative zu Wohlfahrtsstaat und Ellbogengesellschaft, Freiburg 2006.

Staat den Rest solidarisch ergänzt. Konservative politische Ethik wird deshalb immer eine ausgewogene Balance zwischen der Selbstorganisation von Gesellschaft und Wirtschaft und dem Staat als schützendem Rahmengerber suchen. Sie muss in ihrer Tendenz eher antietatisch und pro-marktwirtschaftlich sein, also die Grenzen des Staates anerkennen, ohne die Leistungsfähigkeit politischer Rahmenbedingungen zu unterschätzen. Diesbezüglich war die Botschaft des neuen amerikanischen Präsidenten, „Yes we can!“, deutlich konservativer als die seines Kontrahenten, weil sie ein elementares Zutrauen in die Kraft des Einzelnen, jenseits staatlicher Interventionen, ausdrückt.

Wenn eine konservative politische Ethik zukünftig Erfolge in Deutschland haben will, muss sie es schaffen, den Teufelskreis um immer mehr staatliche Hilfeleistungen und das Verständnis eines Gegeneinanders von Einzelnem und Staat zu durchbrechen, indem sie den Menschen erfolgreich kommuniziert, dass soziale Gerechtigkeit sich nicht allein durch den Staat, sondern durch ein gleichgerichtete Handeln Einzelner einstellt. Ein Staat hat nicht die Kapazität für einen spürbaren sozialen Ausgleich, wenn relevante Teile der Gesellschaft, nämlich die nicht so hoch Qualifizierten, bedingt durch staatliche Strukturdefizite, nicht über den Arbeitsmarkt oder über Sozialversicherungen inkludiert sind. Soziale Gerechtigkeit entsteht durch eine gleichgerichtete Leistungsorientierung der Gesellschaft, weil keiner zu gering ist, als dass eine Gesellschaft auf ihn oder sie verzichten könnte. Wenn fast alle Menschen im Maß ihrer Leistungsfähigkeit mitwirken und Bedürftige im Notfall eine Ausfallbürgschaft erhalten, die sie befähigt, zu aktiven Bürgern einer Gesellschaft zu werden, können Werte, die die Zeiten überdauern, auch strukturell eingelöst werden. Insofern bedingen sich die Werteorientierung einer Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit wechselseitig. Denn soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch eine quantitativ hohe Sozialquote, sondern ist das Ergebnis einer subsidiären Solidarität aller, die durch staatliche Rahmenbedingungen angereizt und ermöglicht wird. Hierzu gehört die aktive Wertorientierung des Einzelnen im Hinblick

auf Bildung, Leistung und ein faires Miteinander, die in der Summe – trotz einer individuellen Nutzenorientierung – eine reziproke Solidarität aller schafft.

Wenn konservative politische Politik in der Zukunft weiterhin begründbar sein will, muss sie trotz Individualisierung, Modernisierung und Pluralisierung der Gesellschaften Vertrauen in die Solidarität aller schaffen und die Bindungskräfte der Gesellschaft durch kluge Rahmenbedingungen fördern und nicht behindern. Dies geht weder durch eine Romantisierung alter Zeiten noch durch unterkomplexe Teilreformen bestehender Systeme, sondern nur durch die sehr genaue Analyse der Bedürfnisse aller Menschen, insbesondere der am meisten Benachteiligten, und eine Strukturreform im Sinne bleibender Werte und Güter von Menschen. Auch hier gilt für demokratische Politiker Ähnliches wie in der ethischen Wissenschaft: Erst die Befragung und Zustimmung aller Betroffenen bestätigt die Richtigkeit von Handlungstheorien und garantiert Stabilität und Überzeugungskraft konservativer Politik auf Dauer. Weder einzelfallorientierte Meinungsumfragen noch Lobbyinteressen noch antizipierte Meinungen über Betroffene können für konservative Politik entscheidend sein. Vielmehr muss die Gestaltung der Zukunft im Dienste aller Menschen, insbesondere der am meisten Bedürftigen und deren Wertsicherung, in einer Gesellschaft stehen. Ich möchte in diesem Sinne mit einem Zitat von einem politischen Liberalen und größten Gerechtigkeitstheoretiker des 20. Jahrhunderts enden, der in keiner Weise im Gegensatz zu einer wertkonservativen Ethik steht, nämlich John Rawls: „Ein Politiker schaut auf die nächste Wahl, ein Staatsmann auf die nächste Generation.“¹⁸ Eine zukunftsweisende konservative Ethik erstreckt sich nicht auf das Bewahren des Gestrigen, sondern auf die Sicherung von menschlichen Gütern für die nächsten Generationen, bezogen auf alle Menschen, nicht nur die uns unmittelbar Anvertrauten.

¹⁸ Rawls, J.: *The Law of Peoples, The Idea of Public Reason Revisited*, London 1999, S. 97.